

Harzkreis Region mit Zukunft

Für einen starken Landkreis und starke Kommunen

**demokratisch, sozial gerecht,
wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig**

Leitlinien des Kreisverbandes HARZ zu den
Kreistags- und Landratswahlen am 22. April 2007

(Stand vom 10.02.2007, 2. Kreisparteitag in Ilsenburg)

www.dielinkeharz.de

Inhaltsverzeichnis

Der Harzkreis – unsere Heimat ist Zukunftsregion	3
Im Harzkreis leben – den Landkreis entwickeln	4
Im Harzkreis leben – Wirtschaft stärken und Daseinsvorsorge sichern	5
Im Harzkreis leben – Wissenschaft und Forschung Raum geben	7
Im Harzkreis leben – ein Leben lang lernen können	8
Im Harzkreis leben – mit gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen .	10
Im Harzkreis leben – gesund und sozial sicher in jedem Alter	11
Im Harzkreis leben – in intakter Natur und sauberer Umwelt	12
Im Harzkreis leben – Kultur, Kunst und Sport gestalten und genießen	13
Im Harzkreis leben – demokratisch miteinander	14
Im Harzkreis leben – eigene Belange auch selbst bestimmen	15
Notizen, Hinweise, Vorschläge.....	16

Der Harzkreis – unsere Heimat ist Zukunftsregion

Die Städte und Dörfer des Harzkreises sind schöne Orte zum Leben. Das Zusammengehen der Landkreise Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode und der Stadt Falkenstein ist eine Bereicherung für alle Einwohner unserer Region.

Von der Ecker im Westen bis zur Selke im Osten, vom Brocken im Südwesten bis zum Hakel im Nordosten, von den Höhen des Harzes im Süden bis zum Großen Bruch im Norden und von der Burg Falkenstein im Südosten bis zum Fallstein im Nordwesten erstreckt sich unser neuer Landkreis.

Wunderschöne Fachwerkstädte, attraktive Dörfer, Burgen und Schlösser, aber auch Theater, Orchester und Chöre sind Markenzeichen unserer Region. Dafür stehen u.a. das Weltkulturerbe Quedlinburg, der Dom und Domschatz Halberstadt, der Nationalpark Harz, Altstadt und Schloss Wernigerode und die Burg Falkenstein sowie das Nordharzer Städtetheater und das Kammerorchester Wernigerode...

Kommunalpolitik soll einen Beitrag dazu leisten, dass alle Einwohner an den Möglichkeiten, die unser künftiger Kreis bereits jetzt bietet und die neu hinzukommen werden, teilhaben können und die Gäste und Touristen sich hier wohl fühlen.

Unser Wahlprogramm – zehn Kapitel für die gemeinsame Zukunft im Harzkreis – ist unser Angebot.

Einwohner, Kreistag und Kreisverwaltung sollen gemeinsam die Entwicklung unseres neuen Landkreises voranbringen.

Wir setzen wie bisher auf die konstruktive und auch kritische Zusammenarbeit mit den anderen demokratisch gesinnten Mitgliedern des künftigen Kreistages. Beim Wettbewerb um die beste Lösung werden wir immer dabei sein.

Der Landkreis Harz braucht vor allem als neue Kommune ein Leitbild, das klare Ziele für die nahe und mittlere Zukunft beinhaltet. Darauf aufbauend sind Stärken ausprägen und vorhandene Schwächen abzubauen. Das Leitbild soll auch Ergebnis von Einwohnerbeteiligung und zugleich bindend für das Handeln der Kreisverwaltung und des Kreistages sein.

Grundsätze unserer kommunalpolitischen Ziele sind:

1. Kommunalpolitische Entscheidungsprozesse sind stärker mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen, Verbänden, Institutionen und mit der Wirtschaft vorzubereiten und umzusetzen.
2. Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt werden. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern die Chancengleichheit für Benachteiligte weiter verbessert und gesichert werden kann.

Im Harzkreis leben – den Landkreis entwickeln

Der Prozess der Kreisfusion beinhaltet die Möglichkeit, die Bildung des Landkreises Harz zu einer Sache vieler interessierter Bürger, Vereine, Unternehmen und Schulen zu machen. Die Nutzung dieser Chance wurde bisher durch die Landräte und durch eine Mehrheit in den Kreistagen behindert. Die Bildung des Harzkreises findet hinter verschlossenen Türen statt. Dem Engagement der Mitarbeiter der Landkreise ist es zu danken, dass wenigstens der Fusionsprozess der Verwaltungen läuft.

Für DIE LINKE. ist die Schaffung eines neuen Landkreises jedoch mehr als die Zusammenführung von Verwaltungen zu einem Landratsamt in Halberstadt.

Die Bildung des Landkreises Harz verstehen wir als einen andauernden Prozess der Umgestaltung zu einem leistungsfähigeren und auf das Wohl seiner Bürger orientierten Regionalkreises.

Wir plädieren im neuen Kreistag für die Bildung eines Ausschusses für Kreisentwicklung und Regionalplanung. Dieser Ausschuss könnte unter Einbeziehung von interessierten Einwohnern die Arbeit am Leitbild für den Harzkreis voranbringen.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Leitbild von „unten“ wächst. Deshalb schlagen wir die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt als Bürgerforum des neuen Harzkreises vor, in dem viele interessierte Einwohnerinnen und Einwohner ihre Ideen für das Zusammenwachsen einbringen können.

Die Bildung des Landkreises Harz muss in einer Stärkung unserer Region und in der ausgleichenden Entwicklung aller Bereiche des neuen Landkreises münden.

Eine wesentliche Bereicherung erfährt der Landkreis Harz durch die Stadt Falkenstein. Bei einer Bürgerentscheid im Jahr 2005 entschieden sich 95% der Wahlteilnehmer aus Falkenstein für einen Wechsel in den Landkreis Harz.

Wir setzen uns für die **Bildung eines Städtenetzwerkes** ein, das die Stärken von Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode für neue Entwicklungen nutzt. Damit sollen auch weitere Voraussetzungen geschaffen werden, die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken und die Bereitschaft der Städte zur Kooperation mit dem Landkreis zum Vorteil der Bürger zu nutzen.

Durch vielerlei Maßnahmen sollte die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Harzkreis gefördert werden. So könnten Absolventen der Hochschule Harz und Abiturienten vom Landkreis eine Anerkennung/Erinnerung in symbolischer Form erhalten.

Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Kunst, Kultur, Sport und Wissenschaft, die sich auf Messen, auf Konzerttourneen, bei Sportveranstaltungen oder bei Studieneinsätzen im Ausland für ihren Kreis deutschlandweit und international engagieren wollen, könnten als **Botschafter des Harzkreises** gewonnen werden.

Im Harzkreis leben – Wirtschaft stärken und Daseinsvorsorge sichern

Die bei der Kreisverwaltung und im gesamten Landkreis Harz vorhandenen Potenziale zur Stärkung der Wirtschaft sind effektiver zur Geltung zu bringen. Die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen müssen im Zentrum der Bemühungen stehen, verbunden mit der Einführung von Mindestlöhnen.

Die Außenwirkung des Landkreises und seiner Städte und Gemeinden, die Definition und Koordination übergreifender Entwicklungsziele, die Koordination von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung, die Zusammenführung der gesellschaftlichen Akteure und die Unterstützung der Gemeinden in ihren Aufgaben sowie die Moderation bei Interessenskonflikten müssen die kreislichen Ziele von Wirtschaftsförderung bestimmen. Wirtschaftsförderung soll auch den kreisangehörigen Kommunen ausreichend Hilfestellung bei der Fördermittelbeschaffung zur Entwicklung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum geben. Darüber hinaus gilt es die dem Landkreis obliegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge effektiv und im Interesse der Bürger wahrzunehmen.

Für die Bevölkerung auf dem Lande (mehr als 50% der Bevölkerung des neuen Harzkreises lebt im ländlichen Bereich) ist es von besonderer Bedeutung, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern.

Die Entwicklung von Dienstleistungen zur Förderung der Wirtschaft und des Handwerks in einer geeigneten Organisationsform bei der Kreisverwaltung erfordert:

die Zusammenführung und Kooperation der Gründerzentren in Halberstadt, Wernigerode und Harzgerode,
die Förderung von Existenzgründungen in Kooperation mit der Hochschule, Harz AG, Kreiswirtschaftsförderung, Handwerkerschaft, IHK,
die Versorgung des gesamten Kreises mit Breitbandanschlüssen (forcierte Umsetzung der Breitbandtechnologie) als wesentlicher Bestandteil der Infrastrukturentwicklung.

Wir treten für den Erhalt des öffentlichen, kommunalen Eigentums zur Sicherung der Daseinsvorsorge ein. Wir wenden uns auch gegen Tendenzen des Ausverkaufs öffentlichen oder genossenschaftlichen Eigentums an Wohnungen und anderen kommunalen Versorgungsunternehmen.

Deshalb wenden wir uns gegen den Verkauf der Anteile des Landkreises an der **Abfallwirtschaft Nordharz GmbH** und unterstützen die Stärkung des Betriebes im Interesse der Einwohner und der Beschäftigten. Die Abfallentsorgung, die bisher der Abfallzweckverband Nordharz organisierte, ist in eine neue, effektive Form zu überführen.

Erforderlich ist für uns die **Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)**. Eine Voraussetzung dafür kann die Zusammenführung der kreiseigenen Verkehrsbetriebe und der HVG mit seiner Straßenbahn zu einem starken kommunalen Nahverkehrsunternehmen sein.

In diesem Prozess sind vor allem die Erfahrungen des Modellprojekts ÖPNV im Landkreis Quedlinburg zu nutzen. Von immenser Bedeutung ist die Stärkung des ÖPNV für den ländlichen Raum und den Oberharz sowie die Anbindung der Stadt Falkenstein.

Die Verantwortung für die **Verkehrsinfrastruktur (Kreisstrassen)** soll beim Landkreis bleiben. Schwerpunkt ist auf die Straßeninstandhaltung bei sparsamstem Einsatz von Finanzen zu legen.

Die erfolgreiche Entwicklung der Harzer **Schmalspurbahnen GmbH** (Kreisanteil an der GmbH 42%) ist für den gesamten Harzkreis von großer Bedeutung.

Das Radwegenetz (regional und überregional) sollte schwerpunktmäßig weiter ausgebaut und bestehende Radwege instand gehalten werden. Das dient dem Ziel, den Anteil des Fahrradverkehrs zu erhöhen. Die Dörfer verbindenden Straßen begleitenden Radwege sind wichtig für die Einwohner und zugleich Tourismusförderung.

DIE LINKE. hat auch im Harz die Einführung von „Hartz IV“ bekämpft und tritt weiterhin für die Abschaffung der „Hartz-Gesetze“ ein. Da die betroffenen Menschen jetzt jedoch damit leben müssen, wollen wir dazu beitragen jeglichen kommunalen Spielraum im Interesse der Betroffenen zu nutzen.

Die Arbeit der **Kommunalen Beschäftigungsagentur (Eigenbetrieb KOBA)** hat sich in den 3 Kreisen nach ersten Auswertungen als diejenige Organisationsform erwiesen, die noch am ehesten in der Lage ist, den Problemlagen entsprechend zu handeln. Daher sind wir für die KOBA als die künftige Organisationsform im gesamten Harzkreis. Die Erfahrungen aus Halberstadt, Quedlinburg und Falkenstein mit anderen Modellen sollen dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Von der Landes- und Bundesregierung erwarten wir die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen.

Wir setzen uns dafür ein, in soziokulturellen und ökologischen, nicht gewinnorientierten Bereichen (Jugendarbeit, Sport, Kultur, Vereinsarbeit, „grüner Bereich“ u.a.) einen öffentlich geförderten **Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen** zu schaffen. Bürgerarbeit muß mit Mindestlohn und Arbeitslosenversicherung verbunden sein und den Weg aus Hartz IV ebnen.

Im Harzkreis ist **die Landwirtschaft** aller Eigentumsformen sehr unterschiedlich gegliedert. Bedeutsam ist die Pflanzenzüchtung und Saatgutvermehrung geblieben. Die meist mittelständischen Unternehmen zu erhalten, ist auch unser Ziel. Grüne Gentechnik ist auch unter diesem Aspekt zu betrachten.

Die Forstwirtschaft darf nicht weiter zersplittert werden. Wir sind gegen weitere Waldprivatisierung und für einheitliche Organisationsformen der Waldbewirtschaftung. Der Wald ist nicht nur Holzlieferant, sondern dient der Erholung und der Artenerhaltung von Pflanzen und Wildtieren.

Im Harzkreis leben – Wissenschaft und Forschung Raum geben

Die Hochschule Harz ist eine wichtige Einrichtung, die das wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der Region maßgeblich mitgestaltet. Durch die umfangreiche Einbeziehung der Wissenschaftler, Studenten und Mitarbeiter der Hochschule in die Entwicklung des Landkreises sehen wir wichtige Potenzen. Die Teilhabe an den Aktivitäten der Hochschule kann für sehr viele Menschen unseres Kreises ein Gewinn sein.

Die Region Harz verfügt mit dem Robert-Koch-Institut in Wernigerode, der Hochschule Harz, der Bundesanstalt für Züchtungsforschung in Quedlinburg, der Forschung im Nationalpark und den F/E-Abteilungen in Unternehmen des Harzkreises über bedeutende wissenschaftliche Einrichtungen.

Wir wollen, dass das so bleibt und das Forschungspotenzial gefördert und weiter ausgebaut wird.

Im Harzkreis leben – ein Leben lang lernen können

Die Schulgesetzgebung des Landes Sachsen-Anhalt hat eine Schullandschaft im Landkreis Harz zur Folge, die weder den qualitativen Anforderungen gerecht wird noch gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Kinder ermöglicht. Verschärft wird die Situation dadurch, dass ein Viertel der Kinder (mehr als 6000) in Armut leben muss. DIE LINKE unterstützt deshalb alle Anstrengungen, die Verbesserungen des Schulsystems im Sinne der Schülerinnen und Schüler anstreben.

Dafür setzen wir uns ein:

Die Kindertageseinrichtungen sind Bildungsstätten

Angebote der frühkindlichen Förderung und Bildung müssen darum allen Kindern – unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern – offen stehen. Wir bestehen darauf, dass alle Kinder einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben müssen (Abschaffung der 5-Stunden-Regelung für Kinder von Arbeitslosen!).

Längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 9

erfordert die schrittweise Überwindung des gegliederten Schulsystems; statt sozialer Auslese soll der freie Zugang zu allen Bildungsangeboten gesichert werden, unabhängig von der sozialen Herkunft und den materiellen Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen. In diesem Prozess muss eine grundlegende Bildungsreform in Sachsen-Anhalt auf den Weg gebracht werden, die u.a. zum Inhalt hat: Abschaffung des Hauptschulabschlusses, weil er unzureichend ist für Berufs- und Lebensvorbereitung, Reduzierung der Zahl der Schüler, die die Sekundarschule ohne Abschluss verlassen, Erhöhung des Anteils der Abiturienten

Eine verstärkte Investitionstätigkeit im Bereich der Schulen

Es ist kurzfristig eine Prioritätenliste zu erarbeiten, nach der Investitionen und Reparaturen zielgerichtet durchgeführt werden können. Grundlage dafür sind die von den Schulen erarbeiteten inhaltlichen Konzepte (Schulprogramme). Das ist auch eine Möglichkeit, um das Angebot an **Ganztagschulen** im Landkreis Harz zu verbessern. Die Investitionstätigkeit des Kreises sollte auf den Bildungsbereich konzentriert werden.

Die Schulentwicklungsplanung fortschreiben und flexibler handhaben

Trotz zeitweilig sinkender Schülerzahlen darf unser Schulnetz nicht weiter ausgedünnt werden! Hier bietet sich die Chance, mit den vorhandenen Ressourcen eine Qualitätssteigerung in der Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Die in den drei Landkreisen vorliegenden Planungen sind zeitnah aufeinander abzustimmen. Die Situation der Stadt Falkenstein ist besonders zu berücksichtigen (Erhalt der Sekundarschule Falkenstein). Für alle Schüler - auch im Oberharz - müssen Möglichkeiten der Beschulung im neuen Landkreis geschaffen werden!

Unterstützung der Förderzentren

Besonders für das Konzept der integrativen Beschulung müssen die finanziellen und materiellen Grundlagen geschaffen werden, um bei Schülerinnen und Schülern aus allen Schulformen, bei denen Förderbedarf besteht, über vielfältige Lernformen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln.

Die Berufsschulen des Landkreises

sollen ihre Kooperation mit dem Ziel vertiefen, die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern. Das Abwandern von Fachklassen (2. und 3. Lehrjahr) aus dem Harzkreis muss verhindert werden. Gemeinsam mit den Sekundarschulen und den Berufsbildungszentren ist das produktive Lernen zu fördern. Für Schulverweigerer ist in dieser Kooperation ein Förderprojekt zu entwickeln

Die **Schulsozialarbeit** ist in geeigneter Weise wieder herzustellen.

Die Zusammenarbeit der Hochschule Harz mit allen Bildungseinrichtungen

wird von uns unterstützt. Initiativen der Hochschule im Territorium wie Kinderhochschule, Seniorenakademie oder öffentliche Nutzung der Hochschulbibliothek sind durch den Landkreis in geeigneter Weise zu begleiten.

DIE LINKE unterstützt in gleicher Weise die **Kooperation von Firmen des Landkreises mit Schulen**, auch in Form von Patenschaften und in anderen Strukturen.

Die Kreisvolkshochschule Harz GmbH

wurde zunächst von den beiden Landkreisen Quedlinburg und Wernigerode gebildet und sollte jetzt auf den Landkreis Halberstadt und die Stadt Falkenstein ausgedehnt werden. Die Einrichtung von Außenstellen sichert die Bürgerfreundlichkeit und macht die Angebote in ihrer Vielfalt besser nutzbar.

In ähnlicher Weise sollte für den Harzkreis die **Musikschule Harz** gebildet werden.

Förderung vielfältiger kultureller Aktivitäten

DIE LINKE unterstützt die Zusammenarbeit des **Nordharzer Städtebundtheaters** und des **Kammerorchesters Wernigerode** mit den Schulen und der Kreismusikschule ebenso wie die Forderung nach der langfristigen Sicherung der Qualität der Ausbildung und der Arbeit der Chöre am **Musikgymnasium Wernigerode**.

Wir setzen uns dafür ein, dass an allen **Schulen Bibliotheken eingerichtet, ausgebaut und genutzt werden können**. Durch enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Bibliotheken ist ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

Verbesserung der Schülerbeförderung

Die Einbeziehung der Klassenstufen 11 und 12 in die unentgeltliche Beförderung nach dem Beispiel des Landkreises Quedlinburg ist auf den neuen Landkreis zu übertragen. Schülerinnen und Schülern aus sozial schwachen Familien ist auch durch diese Maßnahme der Zugang zu höheren Bildungsangeboten zu erleichtern.

Im Harzkreis leben – mit gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen

Im Harzkreis leben 6678 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre in Armut. Das bedeutet, dass 24,5 % aller Menschen dieser Altersgruppe von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben müssen. (Quelle: www.paritaet-lsa.de, Stand August 2005)

Dafür setzen wir uns ein:

Umsetzung des Gesetzentwurfs der Landtagsfraktion für **ein neues Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsgesetz** in Sachsen-Anhalt.

Umsetzung des Gesetzentwurfs der Landtagsfraktion mit dem Ziel der **Verbesserung des Schulgesetzes in Sachsen-Anhalt** (Klassenbildung usw.).

Nachfolgeregelung des Fachkräfteprogramms mit hoher Kontinuität und Planungssicherheit für freie Träger und Möglichkeiten auch für die kleineren Orte des Harzkreises.

Die Erfahrungen des **Netzwerkes „life is my future“** sind im Harzkreis zu nutzen und in geeigneter Form zu unterstützen.

Wir schließen uns den Forderungen des „Bündnisses für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ an und setzen uns dafür ein, dass

Kindern, unabhängig von finanziellen Ressourcen der Familie, die altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen und sozialen Leben ermöglicht wird.

für alle Kinder, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, der ganztägige Rechtsanspruch auf Bildung und Förderung in einer Kindertageseinrichtung gesetzlich verankert wird. Kindertageseinrichtungen müssen zu Bildungseinrichtungen werden.

alle Kinder gesetzlich krankenversichert werden, unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern.

Der **Familien- und Sozialpass** ist ebenfalls ein Mittel um die Situation zu verbessern. Deshalb soll dieser Pass im neuen Harzkreis weitergeführt und entwickelt werden.

Im Harzkreis leben – gesund und sozial sicher in jedem Alter

Die medizinische Grundversorgung durch die Krankenhäuser im Landkreis Harz ist gewährleistet. Trotzdem gibt es immer wieder Engpässe in verschiedenen Bereichen. Die flächendeckende Versorgung mit niedergelassenen Ärzten droht zunehmend zum Problem zu werden. Bereits jetzt gibt es in einigen Bereichen Probleme der Versorgung. Weitere Ärzte werden aus Altersgründen ihre Praxis schließen müssen, ohne immer einen Nachfolger zu finden.

Durch die unsoziale Politik der Regierungen von CDU, SPD, FDP und Grünen wurden und werden immer mehr Menschen in Notlagen gebracht, die Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport wird ihnen unmöglich gemacht.

Dafür setzen wir uns ein:

Als Linke. sind wir für eine patientennahe und qualitativ hochwertige medizinische Grund- und Notfallversorgung in den Städten und Dörfern des Harzkreises. Rechtzeitig müssen auf der Ebene des neuen Landkreises, der Städte und Gemeinden Maßnahmen zur Abwendung des wachsenden Defizits an Hausärzten und insbesondere an Fachärzten ergriffen werden.

Der Einsatz von Gemeindeschwestern kann zu einer verbesserten Versorgung, besonders in den ländlichen Regionen des Vorharzes und des Oberharzes führen. Bestehende Pflegesysteme sind dabei zu beachten.

Die **Entwicklung Medizinischer Versorgungszentren** als Ergänzung zum Netz niedergelassener Ärzte ist eine Möglichkeit zur Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Die **Krankenhäuser des Harzkreises** sollen im Interesse der Patienten weitere Kooperationsmöglichkeiten in organisatorischer, technischer und medizinischer Hinsicht entwickeln. Wir sind gegen die Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser in Quedlinburg und Wernigerode-Blankenburg.

Die Sozialplanung (Altenhilfe, Pflege- und Jugendhilfeplanung) muss für den Harzkreis auf der Grundlage der jetzigen Situation und der künftigen Anforderungen qualifiziert werden. Dabei ist die dezentrale Struktur der Angebote zu erhalten. Durch verstärkte und konsequente Kontrollen müssen rechtzeitig Missstände insbesondere in den Pflegeheimen aufgedeckt und beseitigt werden.

Der Familien- und Sozialpaß des Landkreises Wernigerode und der Kulturpass des Landkreises Quedlinburg sollen in geeigneter Form im Harzkreis gemeinsam weitergeführt und zu einem einheitlichen **Harzkreis-Sozialpass** weiterentwickelt werden.

DIE LINKE. setzt sich für eine **hauptamtliche Behindertenbeauftragte** im Landkreis Harz ein. Ein sich bildender Behindertenbeirat würde unsere Unterstützung finden.

Auf Grund wissenschaftlicher Unsicherheiten bei der Bewertung von Risiken für die Gesundheit durch Mobilfunk, fordern wir, dass ortsfeste Sendeanlagen genehmigungspflichtig sein müssen und nicht in der Nähe von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen errichtet werden dürfen.

Im Harzkreis leben – in intakter Natur und sauberer Umwelt

Im Harzkreis leben bedeutet leben im und mit dem länderübergreifenden **Nationalpark Harz**, der zugleich ein bedeutender Standortfaktor ist. Zunehmend erweist sich der Nationalpark als Motor im touristischen Bereich.

Die landkreisübergreifende **Weiterentwicklung des Naturparks und des Geoparks „Harz“** findet unsere Unterstützung. Gerade im Harz muß der Naturschutz durch ausgewiesene Flächen, wie den Harzer Bachtälern, den Gebieten im Bodetal und der Selkeau, höchste Priorität haben.

Hochwasserschutz soll Mensch und Natur dienen. Wichtig ist die Pflege der Flußläufe und der Uferbereiche. Vorrang hat der innerörtliche Hochwasserschutz.

Wir setzen uns für den Erhalt unserer Wälder und natürlicher Lebensgrundlagen ein und wenden uns gegen weitere Waldprivatisierung und für eine nachhaltige Nutzung unter strenger Kontrolle. Der **Landschaftspflegeverband Harz** findet weiterhin unsere Unterstützung. Seine Arbeit sollte auf weitere Gebiete im Unterharz ausgedehnt werden.

Aus ökologischer Verantwortung für die kommenden Generationen treten wir für ein konsequentes Umdenken in der Energiepolitik und zur beschleunigten **Anwendung erneuerbarer Energieformen**, insbesondere zur massenhaften Nutzung der Solarenergie ein. Wir sollten deshalb alle kommunalpolitischen Festlegungen (insbesondere die Bausatzungen), die der verstärkten Anwendung von Solarenergie entgegenstehen, auf den Prüfstand stellen und den neuen Anforderungen anpassen.

Für alle Landkreisimmobilien, einschließlich Schulen, ist kurzfristig ein **Energiepass** zu erstellen. Investitionen sind mit dem Ziel der Einsparung von Betriebskosten in Verbindung mit der Anwendung erneuerbarer Energien einzusetzen.

Die Erfahrungen von Wernigerode im Zusammenhang mit der **Agenda 21¹** sind auf den Harzkreis zu übertragen und weiterzuentwickeln. Alle Kreistagsbeschlüsse sind auf sozialverträgliche, Ressourcen sparende und umweltverträgliche Inhalte zu prüfen.

Wir schlagen vor, dass der Harzkreis einen „**AGENDA-PREIS**“ einführt. Dieser Preis, der regelmäßig in Abstimmung mit der Gesellschaft der Schule der Nachhaltigkeit e.V. zu vergeben wäre, könnte „**Zanthier²-Preis für Nachhaltigkeit**“ heißen.

Planungen und andere Vorbereitungen für einen Flugplatz im Norden von Wernigerode sind zu beenden. Wir sind für die **Nutzung des vorhandenen Flugplatzes bei Ballenstedt**.

Wir unterstützen eine solche Ansiedlung von Gewerbestandorten in traditionellen Gewerbe- und Industriegebieten, die aus regionalplanerischer Sicht zur Minimierung der Investitionskosten und zur Reduzierung des Flächen-, Energie- und Rohstoffverbrauchs führen. Dabei gilt der Grundsatz: Vorrang hat die Nutzung vorhandener Flächen vor Ansiedlung auf der grünen Wiese.

Im Harzkreis leben – Kultur, Kunst und Sport gestalten und genießen

Das Markenzeichen Kultur und Kunst, das unsere Region auszeichnet, soll in seiner Qualität und Vielfalt erhalten bleiben und durch neue Impulse weiterentwickelt werden. Kunst und Kultur sind wichtige Standortfaktoren. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze, ziehen Touristen an und machen unsere Gemeinden und Städte attraktiv. Nicht selten entscheiden Investoren nach dem kulturellen Umfeld eines künftigen Standortes.

Die kulturellen Angebote von kreislicher Bedeutung sollen sich zur Angelegenheit des gesamten Harzkreises entwickeln.

Für Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung ist eine gemeinsame, verlässliche und langfristige Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis, den Städten und Gemeinden und dem Land Sachsen-Anhalt erforderlich. Das betrifft das Nordharzer Städtebundtheater, das philharmonische Kammerorchester Wernigerode, das Schloss Wernigerode (einschließlich der gemeinsamen jährlichen Schloßfestspiele), das Kloster Michaelstein, die Lyonel-Feininger-Galerie, das Weltkulturerbe Quedlinburg, den Domschatz Halberstadt.

Der Austausch und die Kooperation zwischen dem **Kammerorchester Wernigerode** und dem **Nordharzer Städtebundtheater** sind in beiderseitigem Interesse weiterzuentwickeln und zu unterstützen.

Der Harzkreis vereint eine **große Vielfalt an Museen** (29) und museumsähnlichen Einrichtungen (18). Durch konkrete und anschauliche Vermittlung von Kulturgeschichte im umfassenden Sinn führen ihre Angebote zur Identifizierung mit der Heimat und nehmen einen hohen Stellenwert in der Entwicklung des Tourismus ein. Sie sollten daher in ihrer Existenz unterstützt werden. Mit einer besseren Vernetzung lassen sich weitere Potenziale erschließen. Zu prüfen ist die mögliche Unterstützung der Museen in Zusammenarbeit mit dem Museumsverband Sachsen-Anhalt.

Markenzeichen des Harzes sind Traditionspflege, Volkskunst und Volkskultur. Die Aktivitäten in vielfältigen Vereinen und Interessengruppen erbringen einen bedeutenden Beitrag bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens im Landkreis, sie gehören zum Leben der Harzer. Diese Arbeit im Ehrenamt ist zu würdigen.

Für DIE LINKE. Harz bedeutet **Sportförderung** die Bereitstellung und Erhaltung von Sportstätten, die Sicherung ihrer entgeltfreien, nicht kommerziellen Nutzung sowohl durch gemeinnützige Sportvereine, Schulen und Kindergärten, als auch durch einzelne Bürgerinnen und Bürger als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE Harz setzt sich für eine stärkere Förderung des Ehrenamtes und als Ansprechpartner für Projekte, Sportfeste, Turniere und im Vereinsrecht ein. Grundlage dafür sollte ein Gesetz zur Förderung ehrenamtlich Tätiger und entsprechende Förderrichtlinien für die kommunale Ebene sein. Dies setzt eine direkte und verbindliche Hilfe und Unterstützung für die kreislichen Fachverbände und Vereine (z.B. öffentlich geförderten Beschäftigungssektor) voraus.

Im Harzkreis leben – demokratisch miteinander

Ein demokratisches Miteinander vor Ort ist unvereinbar mit jeder Form von Menschenverachtung, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Zivilgesellschaft darf rechtsextremer Gedankengut in keiner Form tolerieren.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass Antifaschismus und Antirassismus als kommunalpolitische Grundsätze in den vielfältigsten Formen mit Leben erfüllt werden. Jegliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus müssen deshalb über ordnungsrechtliche, polizeiliche und juristische Aspekte hinaus als Problem regionaler Entwicklung wahrgenommen und folglich strategisch verfolgt werden. Rechtes Gedankengut darf in der alltagskulturellen Erfahrungswelt keinen Fuß fassen.

Vorhandene Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt, Intoleranz und Rechtsextremismus einsetzen, gilt es auf Dauer finanziell und personell zu unterstützen.

Die kommunalen Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sind zu verstärken. Der Landkreis Harz sollte die positiven Erfahrungen anderer Kommunen in der Arbeit von Migrationsbeiräten und Ausländerbeauftragten als politische Interessenvertretung von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten als Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen. Das schließt die Einbeziehung der Betroffenen in die Tätigkeit selbstverständlich ein.

Unsere Arbeit wird darauf gerichtet sein, vorhandene Netzwerke, wie z.B. „Miteinander e.V.“, „Mitmenschen“ oder „Integration durch Sport aktiv“ zu befördern. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften werden wir solche Strukturen weiter unterstützen.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass der Kreistag vorhandene „demokratische Netzwerke“, mit allen gesellschaftlichen Kräften stärkt und bereit ist, innerhalb der Netzwerke Koordinierungsfunktionen zu übernehmen.

Für die Erhaltung und Nutzung der Gedenkstätten im Landkreis Harz ist gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Sorge zu tragen. Sie sollen vor allem dazu genutzt werden, junge Menschen mit den Geschehnissen während der Zeit des Faschismus vertraut zu machen.

Wir wenden uns gegen das menschenunwürdige, so genannte „Ausreisezentrum“ auf dem Gelände der ZAST in Halberstadt, das in der Tat ein Abschiebezentrum ist, und setzen uns im Interesse der betroffenen Menschen für die sofortige Schließung ein.

Im Harzkreis leben – eigene Belange auch selbst bestimmen

Der Harzkreis verfügt mit ca. 250.000 Einwohnern, einer Fläche von über 2.100 km², einer qualitativ auszubauenden Verwaltung und engagierten Bürgerinnen und Bürgern über hervorragende Potenzen zur Übernahme umfangreicher Entscheidungen in eigene Verantwortung. Andererseits ist die Finanzausstattung seit Jahren verfassungswidrig. Das macht kommunale Selbstverwaltung zunehmend unmöglich.

Dafür setzen wir uns ein:

Die **Funktionalreform** ist schnell und gründlich durchzuführen und mit der Übertragung von Aufgaben an den Harzkreis zu verbinden. Der Harzkreis verfügt über alle Voraussetzungen, um als **Modellregion** für eine künftige Zweistufigkeit in der Verwaltung zu agieren und damit den Beweis der Überflüssigkeit des Landesverwaltungsamtes zu untermauern. In diesem Sinne fordern wir dem Harzkreis den Status einer Modellregion zu zuerkennen und folgende Modellprojekte zu übertragen:

- Schul - und Umweltpolitik
- Forst- und Landwirtschaft
- Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht
- Regionalplanung sowie Teile der (EU-)Fördermittelvergabe.

Beste Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgaben lassen sich mit einem **Städtenetzwerk** schaffen. Hier sollen besonders die in den jetzigen Kreisverwaltungen vorhandenen Stärken weiter ausgebaut werden.

Die **Finanzausstattung** ist den Aufgaben der Landkreise entsprechend durchzuführen. Wir wehren uns gegen eine Konsolidierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen und unterstützen die Verfassungsklage der Landkreise.

Die Linke. unterstützt die im Rahmen der Kreisgebietsreform aufzubauenden **Bürgerservicebüros**, mit denen trotz Konzentration von Verwaltungsbereichen eine bürgernahe Umsetzung kommunalpolitischer Aufgaben gewährleistet werden soll. Struktur, Aufgaben und Arbeitsweise dieser Büros müssen rechtzeitig unter Mitwirkung des Kreistagsausschusses erarbeitet werden. Angebote der Bürgermeister diese Servicebüros gemeinsam zu betreiben finden unsere Unterstützung. Zugleich treten wir dafür ein, nach dem Sachkundeprinzip weitere **Aufgaben an die Städte und Gemeinden** zu übertragen.

Mit der Gründung des Harzkreises sollten die Bereiche der **Regionalplanung** identisch mit dem neuen Harzkreis sein. Alle Aufgaben der Regionalplanung sind damit auch Gegenstand der Arbeit des Kreistages und der Kreisverwaltung. Der Landkreis Harz kann damit seiner Pflicht für eine gleichmäßige Entwicklung in seinem Gebiet zu sorgen, besser gerecht werden.

In der Gemeindereform bleiben wir bei unserer Position, dass neben Einheitsgemeinden dort wo möglich und gewünscht auch **qualifizierte Verwaltungsgemeinschaften** arbeiten können.

Der Bedarf und die Machbarkeit eines Kinder- und Jugendkreistages zu prüfen.

Zu einzelnen Punkten liegen dem Redaktionsteam zum Teil umfangreiche Ausarbeitungen vor (Sport, Schulbibliotheken, Rechtsradikalismus). Diese können bei Bedarf angefordert werden.

Zu folgenden und weiteren Themen sind noch Beiträge gefragt.

Notizen, Hinweise, Vorschläge

Tourismus als Wirtschaftsfaktor,
Landwirtschaft und Forst

Feuerwehr und Rettungsdienst, Katastrophenschutz

Schulspeisung (Hinweis beachten, dass eine Satzung sinnvoll wäre)

Aussage zu Kurzentren Bad Suderode, Blankenburg?

Struktur von Angeboten für Touristen im Gesundheitsbereich

Seniorenbeirat

Weiterentwicklung der Harzer Tafel für Bedürftige

Aussagen zu Wasser/Hochwasserschutz im Harzkreis

Harzkreis wird entmilitarisierte Zone

¹ Aufbauend auf der UN-Konferenz von 1992 gründete der Landkreis Wernigerode 1998 eine Lokale Agenda 21. Der Landkreis hat sich zum Ziel gesetzt, alle wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Entscheidungen nach dem Grundsatz der Agenda 21 ökonomisch zukunftsfähig, ökologisch tragfähig und sozial gerecht auszurichten:

Das Motto „Lokale Agenda 21 – halt die Welt im Gleichgewicht“ bestimmt maßgeblich die Inhalte der Umweltpolitik der Verwaltung des Landkreises Wernigerode. Die weitergehende Untersetzung der Umweltpolitik beruht auf den als „**Leitsätze zur Umweltpolitik der Verwaltung des Landkreises Wernigerode**“ definierten Grundsätzen.

Es sind Verfahren eingeführt, die sichern, dass regelmäßig überprüft wird, ob die Tätigkeit der Verwaltung diesen Leitsätzen und dem Grundsatz der stetigen Verbesserung des eigenen betrieblichen Umweltschutzes im Zuge des technischen Fortschritts entspricht. (**Hinweis: Initiative ging von der PDS-Fraktion aus**)

² Alle Welt spricht von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Besonders eindringlich in Kyoto, Rio und Johannesburg. Politiker rund um den Globus fordern ein Umdenken für die Zukunft. Wir wollen und sollen heute so leben, dass unsere Nachkommen ebenfalls die Chance besitzen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen. Eine Erkenntnis ist heute in aller Munde:

"Es ist gewiss, dass kein Mensch bloß für sich, sondern auch für andere und für die Nachkommenschaft leben muss"

Dieser Satz steht nicht in Agenden oder Resolutionen. Er ist mehr als 200 Jahre alt und stammt von Hans Dietrich von Zanthier: Vater der Idee nachhaltiger Entwicklung, Begründer der ersten Forstakademie der Welt (in Ilsenburg).

(Quelle: Die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Schule der Nachhaltigkeit e.V. im Waldhof Ilsenburg, Zanthiers ehemaliger Forstakademie 1763-1778)

„Die deutsche Forstwirtschaft gilt als Erfinderin der Nachhaltigkeit. Seit mehr als 200 Jahren orientiert sie sich an diesem Prinzip...“ (Quelle: Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung)